

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**20. Juni
2024**

1. Diesen Sonntag: Gottesdienst in unserem Wald
2. Anwohnerbeschwerde gegen Wirkungen des Tagebaues Nochten
3. Unsere Pflanzaktion war erfolgreich
4. LEAG-Aufsichtsrat beschließt „Bad bank“: Gefahr für die öffentlichen Kassen steigt
5. LEAG-Beihilfe: Bundesregierung verschenkt Steuermilliarden an Oligarchen
6. Faktencheck: Kein Bezug der AfD-Ergebnisse zu Kohlepolitik erkennbar
7. Wasser für Berlin: Kohleausstieg und kleinere Tagebauseen nötig
8. „Geist von Lacoma“ ist umgezogen



Diesen Sonntag: Gottesdienst in unserem Wald

Die Kirchgemeinde Schleife-Slepo wird an diesem Sonntag, dem 23. Juni ihren [Gottesdienst in unserem bedrohten Wald](#) feiern. Als „Tiergartengottesdienst“ soll er unter anderem an die für den Tagebau bereits zerstörten Landschaften erinnern. Die Generalsuperintendentin des Sprengels Görlitz Theresa Rinecker wird neben Pfarrerin Jadwiga Mahling den Gottesdienst leiten. Der Gottesdienst beginnt um 10:00 Uhr in unserem Wald an der Ortsverbindungsstraße Schleife – Alt-Mühlrose. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Anwohnerbeschwerde gegen Wirkungen des Tagebaues Nochten

Mitte Mai richteten Anwohner des Tagebaues Nochten nach eigener Aussage eine Beschwerde an das Sächsische Oberbergamt gegen die großflächigen Abholzungen an der Mühlroser Straße. Die Schutzfunktion des Waldes sei außer Acht gelassen worden, da der geplante Emissionsschutzwall noch nicht zeitgleich aufgeschüttet, bepflanzt und befestigt sei. Das soll erst nächstes Jahr passieren. Am 1., 15. und 16. Mai habe es Staubstürme gegeben, wo der Schutz des Hochwaldes nicht mehr vorhanden war.

Unsere Pflanzaktion war erfolgreich

Am 3. März hatten wir zu einer [gemeinsamen Pflanzaktion](#) zum weiteren Waldumbau im vom Tagebau Nochten bedrohten Wald eingeladen. In den folgenden Tagen war von Umweltgruppen-Mitgliedern ein Wildschutzzaun um die Pflanzung aufgebaut worden – vollständig aus wiederverwendetem Material. Wie das Foto zeigt, sind die kleinen Hasel-, Eichen- und Ebereschepflanzen inzwischen ausgetrieben und haben beim derzeit feuchten Boden beste Chancen weiter zu wachsen.



Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

LEAG-Aufsichtsrat beschließt „Bad bank“: Gefahr für die öffentlichen Kassen steigt

Am 18. Juni verkündete die LEAG in einer [Pressemitteilung](#), der Aufsichtsrat habe „die strategische Neuausrichtung der LEAG hin zu einem führenden Anbieter nachhaltiger Energielösungen beschlossen“. Was das Unternehmen hinter dieser Rhetorik verstecken will ist der Fakt, dass die neuen Geschäftsbereiche von der Verantwortung für die Tagebaue gesellschaftsrechtlich getrennt werden. In einer Holding haften die einzelnen Gesellschaften nicht für die jeweils anderen. Bis Ende des Jahres sollen die Änderungen umgesetzt werden. Damit steigt die Gefahr, dass die Bergbausparte als „bad bank“ früher oder später insolvent geht und große Teile der Tagebaufolgekosten den Steuerzahlenden hinterlässt. Die Landesbehörden in Sachsen und Brandenburg müssen schnellstens einschreiten, wenn sie Schaden von den Steuerzahlenden abwenden wollen.

Hintergrund der Aufspaltung ist, dass die LEAG für ihre großspurig angekündigten „GigaWattFactory“-Pläne Geld bei internationalen Finanzinvestoren einwerben will. Und diese legen inzwischen Wert darauf, nicht in fossile Unternehmen zu investieren. („Attraktivität für Investoren und Partner unter ESG-Gesichtspunkten“)

Doch das wirft die Frage auf, ob der Aufbau Erneuerbarer Energien auf Tagebauflächen wirklich unter der Kontrolle von LEAG bzw. EPH erfolgen muss. Denn wer sich aufspaltet, um für Investoren lukrativ zu werden, der investiert ja gerade nicht eigenes Geld. Anders ausgedrückt: Mit ihrer „GigaWatt-Factory“ bringt die LEAG nicht den großen Geldkoffer in die Lausitz, sondern versucht sich auf die Geldkoffer draufzusetzen, die so oder so in den Ausbau Erneuerbarer Energien investiert werden.

Drei Fragen sollten voneinander unterschieden und einzeln beantwortet werden:

- Erstens: Wie viel und wo soll auf der Tagebaukippe Windkraft und PV ausgebaut werden? Das darf nicht die LEAG allein entscheiden, denn Tagebaue sind kein rechtsfreier Raum. Die verschiedenen Ansprüche an die Bergbaufolgelandschaft sind ergebnisoffen abzuwägen. Schon jetzt ist klar, das Ergebnis wird keine plakativen 14 Gigawatt groß sein.
- Zweitens: Wie kann der Erlös solcher Anlagen dafür gesichert werden, die Tagebaufolgen zu bewältigen? Wird hier das mit der Braunkohle verdiente Geld investiert, ist eine öffentliche Stiftung der beste Weg, sämtliche Erlöse für die langfristigen Tagebaufolgen zu sichern. Nur wenn das Kohle-Geld nicht ausreicht und noch andere Investoren gewonnen werden müssen kommen Pachtverträge in Frage. Denn dann fließt nur die Pacht, aber nicht der Gewinn in die Tagebaunachsorge.
- Drittens: Wer darf auf diesen Flächen investieren und Anlagen errichten? Würden die Flächen von der LEAG-Bergbausparte verpachtet, wäre es Marktverzerrung, wenn nur andere LEAG-Tochterfirmen pachten dürften. Denn letzten Endes war es der Staat, der der LEAG oder ihren Vorgängerunternehmen (Braunkohlenkombinat, LAUBAG, Vattenfall) die Kontrolle über diese Flächen verschafft hat, um die Braunkohlenförderung durchzusetzen. Das einem Oligarchen wie dem LEAG-Eigner Daniel Křetínský als Marktposition bei den Erneuerbaren fort- und festzuschreiben, hat mehr als nur ein Geschmäckle.

LEAG-Beihilfe: Bundesregierung verschenkt Steuermilliarden an Oligarchen

Cottbus, 04.06.2024. Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA kritisiert die heute verkündete Entscheidung zur öffentlichen Beihilfe an den Braunkohlekonzern LEAG als nicht nachvollziehbar. Offenbar hat die EU-Kommission der Beihilfe von 1,75 Milliarden Euro zugestimmt, auch wenn sie einen Teil davon an Nachweise knüpft.

„Die Entscheidung ist für uns nicht nachvollziehbar. Der Staat darf dem Konzern nur Nachteile ausgleichen, die tatsächlich durch den gesetzlichen Kohleausstieg entstehen. Tagebaufolgen zu finanzieren, die von der LEAG selbst verursacht wurden und dazu zusätzlich entgangene Gewinne zu entschädigen führt den Rechtsstaat ad absurdum.“ sagt René Schuster, Braunkohle-Experte der GRÜNEN LIGA. Schuster widerspricht vehement der Darstellung, die Beihilfe komme der Lausitz als Kohleregion zugute: „Die LEAG ist keine Lausitzer Bürgerbewegung ist, sondern gehört einem ausländischen Oligarchen. Zur Rekultivierung seiner Tagebaue wäre das Unternehmen auch dann rechtlich verpflichtet, auch wenn es kein Staatsgeld erhält.“

Im gesamten beihilferechtlichen Verfahren zum Kohleausstiegsgesetz konnte die Zahlung von 1,75 Milliarden an die LEAG nicht nachvollziehbar begründet werden. So begründete die LEAG offenbar einen Entschädigungsanspruch mit dem Verzicht auf den Kohletagebau Welzow-Süd II. Diesen

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

hatte sie zuvor jedoch nicht einmal bergrechtlich beantragt. Bewohner des Ortes Proschim hatten in ihrer Stellungnahme an die EU-Kommission darauf hingewiesen, dass die LEAG nicht für die Kohle unter ihren Häusern entschädigt werden kann, deren Enteignung nie durchsetzbar gewesen wäre. Formal ist die Zahlung von 1,75 Milliarden Euro mit dem Kraftwerk Jänschwalde begründet, da nach nur Kraftwerksabschaltungen vor 2030 entschädigt werden. (§ 44 Kohleverstromungsbeendigungsgesetz) Der vorherige Betreiber Vattenfall wollte dieses Kraftwerk jedoch ohnehin ab Mitte der 2020er Jahre abschalten, wie in einem Braunkohlenplan des Landes Brandenburg offiziell nachzulesen ist. Dass das Kraftwerk marode ist, wurde im Jahr 2023 eindrucksvoll durch den Zusammenbruch eines Aschesilos verdeutlicht.

Hintergründe:

- [Stellungnahme der GRÜNEN LIGA und Brief aus Proschim an die EU-Kommission](#)
- Zitat zur ohnehin geplanten Stilllegung des Kraftwerkes Jänschwalde: „Vattenfall selbst gibt an, dass das Kraftwerk Jänschwalde ab Mitte der 2020er Jahre schrittweise auslaufen werde. Erst ab 2030 soll die Laufzeit des Kraftwerks hiernach vollständig beendet sein.“ ([Braunkohlenplan Tagebau Welzow-Süd, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil II - Nr. 58 vom 2. September 2014, S. 24f.](#))
- [Broschüre mit Hintergründen zum EPH-Konzern, dem Haupteigentümer der LEAG](#)
- [aktuelles Rechtsgutachten zur Sicherung von Tagebaufolgekosten](#)

Faktencheck: Kein Bezug der AfD-Ergebnisse zu Kohlepolitik erkennbar

10. Juni 2024: Hartnäckig hält sich der Mythos, der Kohleausstieg führe zu hohen AfD-Wahlergebnissen in der Lausitz. Gerüchte besagen, das Argument habe sogar bei der Bewilligung der Milliardenbeihilfe für die LEAG durch die EU-Kommission eine Rolle gespielt. Die Ergebnisse der gestrigen Europawahl widerlegen es allerdings gründlich: Eine Betroffenheit durch den Kohleausstieg oder LEAG-Planungen bildet sich in der Verteilung der AfD-Ergebnisse über die Kreise und Gemeinden in [Brandenburg](#) und [Sachsen](#) überhaupt nicht ab.

Stärkste Kraft wurde die AfD mit wenigen Ausnahmen in ganz Ostdeutschland, das wird sich wohl kaum mit dem Kohleausstieg erklären lassen. Aber auch besonders hohe AfD-Werte passen nicht etwa zu den Umrissen des Kohlereviere.

Im sächsischen Landkreis Görlitz etwa finden sich AfD-Ergebnisse über 40 % sowohl in den braunkohlegeprägten Gemeinden wie Schleife, Trebendorf und Boxberg als auch im in keiner Weise vom Wohlergehen der LEAG beeinflussten Süden des Kreises (Kottmar, Großschönau). Das höchste AfD-Ergebnis gibt es mit 56 % in Neißeaue, ein Bezug der Gemeinde zu Kraftwerk, Tagebau oder „GigaWattFactory“ ist nicht erkennbar.

Im Landkreis Bautzen dasselbe: Sohland oder Steinigtollmsdorf haben es weitab aller Kohle- und LEAG-Debatten auf deutlich mehr AfD-Stimmen gebracht als die Gemeinde Spreetal, die an Kraftwerk und Industriepark Schwarze Pumpe grenzt.

In Spree-Neiße-Kreis zeigt sich ein fast gleichmäßiges Bild, egal ob stark von LEAG und Kohle betroffen (Amt Peitz, Welzow) oder nahezu gar nicht (Amt Burg, Kolkwitz), ob traditionell tagesbaukritisch (Guben, Schenkendöbern) oder traditionell kohlefreundlich (Spremberg, Amt Peitz).

Die Stärke der AfD setzt sich nahtlos im Landkreis OSL fort, der nur ganz randlich mit der LEAG zu tun hat, ebenso wie in Elbe-Elster, wo man den Konzern nur aus der Zeitung kennt. Es sind die drei peripheren Landkreise an der Grenze zu Sachsen und ohne Anteil am Berliner Speckgürtel, die sich seit 30 Jahren abgehängt fühlen und mehr als eine Generation lang Abwanderungsregion waren.

Auf der Suche nach Ursachen heutiger Wahlergebnisse lohnt sich ein Blick zurück: Als 2009 DIE LINKE mit Wolfgang Neskovic das Bundestags-Direktmandat im Wahlkreis Cottbus und Spree-Neiße gewann, hatte sie kurz zuvor ein Volksbegehren gegen neue Tagebaue unterstützt. Damals gab es hier noch mehr Kohlebeschäftigte und mehr Arbeitslose als heute. Aber die LINKE war die damalige Protestpartei, konnte verschiedenste Unzufriedene vereinen. Gegen „die da oben“ zu wählen, hat seit der Wiedervereinigung in der Lausitz Tradition, nicht erst seit dem Kohleausstiegsgesetz. Heute spielen Themen wie Coronamaßnahmen, Zuwanderung, Waffenlieferungen oder Verbrenner-Aus für viele Protestwähler*innen eine Rolle. Die Lausitz macht da schlichtweg keine Ausnahme.

Wie in der Pressekonferenz am 4. Juni zugegeben wurde, hatten die Ministerpräsidenten Kretschmer (CDU) und Woidke (SPD) vor einigen Wochen ein persönliches Gespräch mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) über die LEAG-Beihilfe. Wurde dort auch mit einem Wahlsieg der AfD in der Lausitz gedroht? Sollten die 1,75 Milliarden Euro für die LEAG

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

tatsächlich aus wahltaktischem Kalkül bewilligt worden sein, hat es jedenfalls nicht funktioniert. Es ist ja eigentlich auch völlig abwegig, mit Geschenken an große Unternehmen die Stimmen der kleinen Leute kaufen zu wollen. Stattdessen Recht und Gesetz konsequent anzuwenden, hätte das Wahlergebnis auch nicht kurzfristig verändert, wäre aber eine glaubwürdigere Strategie gewesen. Und Glaubwürdigkeit kann sich langfristig auszahlen.

Wasser für Berlin: Kohleausstieg und kleinere Tagebauseen nötig



14.06.2024. Vor dem Treffen der Ministerpräsidenten von Brandenburg, Sachsen und Berlin forderte das Umweltschutznetzwerk GRÜNE LIGA mit einer Mahnwache die Verkleinerung geplanter Tagebauseen und Kostengerechtigkeit ein.

„Die Tagebaupläne der LEAG in Brandenburg und Sachsen müssen korrigiert werden, wenn künftig noch genug Wasser in Berlin ankommen soll. Der Kohlekonzern plant 80 Quadratkilometer zusätzliche künstliche Seen, durch deren Verdunstung weniger Wasser in der Spree ankommen wird.“ sagt René Schuster von der GRÜNEN LIGA.

Schuster weiter: „Ein früherer Kohleausstieg würde die Tagebaufolgen reduzieren, weil dann weniger Grundwasserdefizit wieder aufzufüllen ist. Falls weitere Speicher und Überleiterprojekte nötig sind, ist die LEAG als Verursacher an den Bau- und Betriebskosten zu beteiligen. Ein aktuelles Rechtsgutachten zeigt auf, wie das geht.“

Bei der viel diskutierten Idee einer Überleitung von Wasser aus der Elbe würde die LEAG zu den Hauptnutznießern gehören, da sie ihre Tagebaue Welzow-Süd und Nochten dann schneller und sicherer fluten kann.

„Gerade schreiben die Ministerien der Bundesländer Machbarkeitsstudien zu einer Elbüberleitung aus. Es wäre anmaßend, wenn die Ministerpräsidenten so tun, als würden sie schon die Ergebnisse dieser Studien kennen.“ Im März veröffentlichte die GRÜNE LIGA ein Rechtsgutachten der renommierten Kanzlei GGSC, in dem es beispielsweise heißt:

„Bergbauunternehmen können zur anteiligen Kostentragung für den Bau und Betrieb von Wasserspeichern und wasserüberleitungen, die für die Erfüllung berg- oder wasserrechtlicher Zulassungsvoraussetzungen erforderlich sind, auch bei dauerhaft im Sinne von mehr als hundert Jahre nach Ende des Kohleabbaus notwendige Maßnahmen (Sog. Ewigkeitslasten) verpflichtet werden.“



„Geist von Lacoma“ ist umgezogen

Geschaffen von einem polnischen Künstler bei einem Bildhauersymposium in Lacoma (inzwischen abgebaggert für den Tagebau Cottbus-Nord) hat die Holzskulptur „Geist von Lacoma“ 22 Jahre lang auf der Brücke zum ehemaligen Dorf gestanden.

Bei einer Kontrolle der Brücke hatte die Stadtverwaltung nun festgestellt, dass die am Brückengeländer befestigte mehr als drei Meter hohe Skulptur nicht alle Sicherheitsanforderungen erfüllt.

Die Umweltgruppe Cottbus kümmerte sich darum, dass der „Geist“ jetzt direkt neben dem Mahnmal für die abgebaggerten Dörfer einen neuen Standort gefunden hat. Die Umsetzung im April wurde von der Willmersdorfer Ortsbürgermeisterin Anke Schulz und der Firma Baumpflege Hellwig unterstützt.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--